



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2016

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Regionalflughafen Kassel-Calden: Landesregierung muss endlich die Reißleine ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Regionalflughafen Kassel-Calden ist verkehrspolitisch und infrastrukturell eine Fehlplanung und ökonomisch ein Fass ohne Boden. Der Weiterbetrieb kostet jährlich Millionen Euro an öffentlichen Mitteln, die in keinem Verhältnis zu dem Nutzen des Regionalflughafens stehen. Die Subventionen übersteigen auch die externen Wirtschaftseffekte in der Region.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Regionalflughafen Kassel-Calden so schnell wie möglich wieder zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen. Die Planungen der Landesregierung sind dem Hessischen Landtag vorzulegen.

Begründung:

Die Landesregierung muss der Realität endlich ins Auge blicken: Die Fluggesellschaften brauchen Kassel-Calden nicht, der Bedarf an einer ausreichend großen Zahl von Flügen besteht nicht, der Flughafen Paderborn ist um die Ecke. Weder die externen Wirtschaftseffekte noch die Bedeutung der Infrastruktur für die Region rechtfertigen den Einsatz öffentlicher Mittel. Die sinnlose Subventionierung eines Flughafens im Winter- und nun auch im Sommerschlaf muss endlich aufhören.

Trotz der kompletten Subventionierung der Baukosten für den Regionalflughafen Kassel-Calden aus Steuergeldern in Höhe von 280 Mio. € können die jährlich anfallenden Betriebskosten von 13,6 Mio. € auf unabsehbare Zeit an diesem Standort nicht erwirtschaftet werden. Der Flughafen Kassel-Calden kann mit der errichteten Infrastruktur weder ab 2018 noch in ferner Zukunft ein positives Geschäftsergebnis erzielen.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebte Reduktion des Defizits um jährlich 10 % ist nicht realistisch. Die für 2017 von der Landesregierung geplante Überprüfung der Entwicklung des Flughafens ist angesichts der aktuellen und für das kommende Jahr absehbaren Auslastung überflüssig.

Um Geschäfts-, Privat- und Sportflüge weiter zu ermöglichen, die Kosten für die öffentliche Hand aber möglichst gering zu halten, muss der Regionalflughafen so schnell wie möglich wieder auf seinen früheren Status als Verkehrslandeplatz zurückgestuft werden. Das zulässige Gesamtgewicht für startende und landende Flugzeuge muss auf 15,7 Tonnen begrenzt werden.

Wiesbaden, 4. Oktober 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen